



# Positionspapier zur geplanten Bundeswehrstrukturreform

## Wirtschaft einbinden, Strukturprozesse gestalten Position der Vollversammlung der IHK Lüneburg-Wolfsburg zu möglichen Truppenreduzierungen im IHK Bezirk

Der IHK Bezirk Lüneburg-Wolfsburg wird in mehrfacher Weise von Veränderungen bei den militärischen Strukturen berührt. Auch wenn zum gegenwärtigen Zeitpunkt genauere Einzelheiten noch nicht feststehen, muss davon ausgegangen werden, dass die britischen Streitkräfte ihre Standorte mit über 4.000 Soldaten in den Städten Bad Fallingb., Bergen und Celle bis 2015 vollständig räumen werden und die deutschen Streitkräfte, die derzeit noch mit über 12.000 Soldaten an acht Standorten in der Region vertreten sind, im Rahmen der Bundeswehrstrukturreform auch im Kammerbezirk reduziert werden.

Diese Reduzierungen werden unmittelbare Auswirkungen haben. Das Ausbleiben von Aufträgen seitens der militärischen Dienststellen und der Rückgang des Kaufkraftvolumens lassen eine Freisetzung von Beschäftigten, einen Rückgang bei den Ausbildungsverhältnissen und rückläufige kommunale Steuereinnahmen erwarten.

Vor diesem Hintergrund nimmt die Vollversammlung der IHK Lüneburg-Wolfsburg folgende grundsätzliche Position zu möglichen Truppenreduzierungen ein:

- Die Vollversammlung begrüßt, dass im Rahmen der Konsolidierung des Bundeshaushalts auch die Strukturen der Bundeswehr einer Prüfung unterzogen werden. Sie unterstützt die Ziele zur Neuausrichtung der Streitkräfte.
- Die Vollversammlung weist darauf hin, dass die Region in Teilen in besonderer Weise durch militärische Nutzungen geprägt ist. Die Region hat in der Vergangenheit für die gesamte Bundesrepublik Verteidigungslasten getragen, durch die eventuelle andere wirtschaftliche Entwicklungen an diesen Standorten ausgeschlossen wurden.
- Die Vollversammlung hält es für problematisch, wenn die Region zeitgleich durch den Abzug der britischen Streitkräfte und Reduzierungen in den Standorten der deutschen Streitkräfte betroffen wird. Diese besondere Ausgangslage muss bei der Entscheidung über mögliche Truppenreduzierungen in der Region Berücksichtigung finden. Auch regionalpolitische und regionalwirtschaftliche Gesichtspunkte müssen bei den Entscheidungen berücksichtigt werden.
- Die Vollversammlung fordert für die regionale Wirtschaft eine möglichst frühzeitige Information und einen Dialog über die Folgen eventueller Truppenreduzierungen, damit sich die Unternehmen auf die geänderten Rahmenbedingungen einstellen können.
- Die Vollversammlung fordert Umstrukturierungshilfen für Unternehmen und Kommunen in Form von Beratungshilfen und der Bereitstellung von Mitteln für Konversionsprozesse. Insbesondere plädiert die Vollversammlung dafür, frei gewordene militärische Gebiete zügig einer Nachnutzung zuzuführen, freigesetzte Soldaten zügig für zivile Arbeitsplätze zu qualifizieren,
- Die Vollversammlung fordert die Politik auf, bei der Schaffung und Verlegung staatlicher Einrichtungen die durch die Truppenreduzierungen betroffenen Kommunen im Sinn einer 'Ausgleichgewährung' besonders im Blick zu haben.